

Rechtsgebiet: 7. Königreich Sachsen.

Gesetzliche Grundlagen:

1. Revidierte Städteordnung vom 24. April 1873.

2. Städteordnung für mittlere und kleine Städte vom 24. April 1873.

Die erstere, die als die wichtigere in der nachstehenden Zusammenstellung allein berücksichtigt ist, gilt für alle Städte, in denen mindestens ein Mitglied des Stadtrats (Magistrats) die Befähigung zur Ausübung des Richteramtes haben muß (§ 84 des Gesetzes).

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.

Zu unterscheiden sind:

1. „Gemeindemitglieder“, d. h. alle selbstständigen Personen, die entweder

- a) in der Gemeinde „wesentlich wohnhaft“ sind,
- b) oder ein Grundstück darin besitzen,
- c) oder ein Gewerbe darin betreiben.

Auch juristische Personen (außer dem Staatsfiskus), gemeinnützige Stiftungen und Vereine sind Gemeindemitglieder, auch wenn sie kein Gewerbe betreiben und nicht ansässig sind.

2. Bürger.

Das Bürgerrecht wird durch Verleihung durch den Stadtrat (Magistrat) erworben.

Berechtigt zum Erwerbe des Bürgerrechts sind alle Gemeindemitglieder; die

Zum Erwerbe des Bürgerrechts berechtigt sind also auch Frauen. Dagegen sind juristische Personen zum Erwerbe weder berechtigt noch verpflichtet. (§ 20).

- a) sächsische Staatsangehörige sind,
- b) das 25. Lebensjahr vollendet haben,
- c) seit 2 Jahren nicht aus Armenmitteln unterstützt werden,
- d) unbescholten sind,
- e) eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mk. entrichten.
- f) für die letzten 2 Jahre sämtliche Abgaben bezahlt haben,
- g) entweder im Gemeindebezirke „ansässig“ sind (d. h. Grundbesitz haben) oder daselbst seit wenigstens 2 Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben oder bisher in einer anderen Stadtgemeinde stimmberechtigte Bürger gewesen sind.

Dagegen sind zum Erwerbe verpflichtet alle Gemeindemitglieder, die

- a) männlichen Geschlechts sind,
- b) seit drei Jahren in der Gemeinde ihren wesentlichen Wohnsitz haben,
- c) mindestens 9 Mk. direkte Staatssteuer entrichten.